

philosophie



Magazin

Sonderausgabe

Ist eine
andere
Welt
möglich?

Was ist
falsch am
Kapitalismus?

Was
bewegt
die
Geschichte?

MARX

Mit Christian Baron, Klaus Dörre, Silvia Federici, Rahel Jaeggi, Eva von Redecker,
Gesine Schwan, Ines Schwerdtner, Uwe Wittstock u. v. m.

SONDERAUSGABE Nr. 32
Frühling 2025 D & A 11,90 €
CH 19,90 CHF / Benelux 12,50 €



„Marx' zentrales Anliegen ist die Freiheit“

Wird Politik im Kommunismus überflüssig?

Nein, meint Bruno Leipold, der das Bild vom antipolitischen Marxismus zu widerlegen sucht.

Ein Gespräch über Marx als Republikaner, die Pariser Kommune und darüber, wie eine wirkliche Herrschaft des Volkes aussehen könnte

Das Gespräch führte Jana Glaese



Bruno Leipold ist Fellow an der London School of Economics and Political Science und wird dort im September 2025 eine Professur in Politischer Theorie antreten. Sein Buch zum Thema ist 2024 bei Princeton University Press erschienen: „Citizen Marx. Republicanism and the Formation of Karl Marx's Social and Political Thought“

Es heißt oft, Marx sei der Ansicht gewesen, dass es in einer kommunistischen, von Klassenkonflikten befreiten Gesellschaft keine Politik mehr brauche. Sie wenden sich gegen dieses Bild einer vermeintlich politikfreien Zukunft. Was ist falsch daran?

Marx' Standpunkt ist viel komplexer. Wenn Politik bedeutet, über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu beraten und verbindliche Entscheidungen darüber zu treffen, dann können wir davon ausgehen, dass es in einer kommunistischen Gesellschaft bei Marx, und vielleicht auch bei Engels, weiterhin Politik geben würde. Was häufig geschieht, ist, dass die Menschen übertriebene Schlussfolgerungen aus den wenigen Dingen ziehen, die Marx und Engels zur Zukunft äußern. Dann heißt es etwa, dass es keine Legislative und keine Judikative im Kommunismus geben wird. In Wahrheit sagten Marx und Engels dazu schlicht nichts. Um einiges klarer ist die

Sache allerdings, wenn es um den Staat geht. Wir können eindeutig sagen, dass der Staat, so wie ihn Marx und Engels kennen, für sie in einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft nicht existiert.

Können Sie das genauer erklären?

Lassen Sie mich zwischen zwei Definitionen des Staates in den Schriften von Marx und Engels unterscheiden. Die eine ist der Staat als eine Befehls- und Zwangsgewalt; die andere ist der Staat als eine professionalisierte hierarchische Einrichtung. Marx und Engels vertreten hier unterschiedliche Ansichten, wenn es um das Ende des Staates geht: Während Engels vor allem das Ende des Staates als Zwangsgewalt beschäftigt, interessiert sich Marx zuvorderst für das Ende des Staates als über den Bürgern thronende bürokratische Instanz. Marx möchte den Beamtenapparat, der über die Gesellschaft herrscht, durch eine Selbstverwaltung des Volkes ersetzen.



LE COURONNEMENT DE L'EDIFICE

„Während Engels den Staat als Zwangsgewalt sieht, begreift Marx ihn als bürokratische Instanz“

Karikatur der französischen Politik von 1830 bis 1871.
Oben triumphiert die Pariser Kommune in Gestalt der Freiheit

Sie sagten gerade, dass Engels und Marx in ihren Ansichten über den Staat in gewissem Maße voneinander abweichen. Ist es also in Wahrheit Engels' Staats- und Politikbild, das sich in der populären Rezeption von Marx zeigt?

Da ist etwas dran. Engels ist zum Beispiel viel stärker von den Ideen von Henri de Saint-Simon über die technische Verwaltung der Gesellschaft beeinflusst, die für Marx nie so prägend sind. Gleichzeitig möchte ich keinen Keil zwischen die beiden treiben. Manchmal besteht die Tendenz, Engels für alles verantwortlich zu machen, was die Leute an Marx nicht mögen. Aber es stimmt auch, dass Marx dem, was Engels zu sagen hat, nicht widerspricht, und einiges davon ist auch gemeinsam verfasst. Hätte Marx gar nicht zugestimmt, hätte er sich wohl geweigert, damit in Verbindung gebracht zu werden. Aber das tut er nicht. Mir scheint eher, dass die Idee einer antipolitischen Zukunft maßlos übertrieben wurde.

Marx gilt nicht nur als unpolitisch, weil er angeblich eine Zukunft ohne Politik wollte, sondern auch weil er Politik vermeintlich nicht als Mittel der Gestaltung und Transformation begriff. So kritisierte Arendt sein „vorherrschende(s) Interesse an der sozialen Frage und sein() komplette(s) Desinteresse an der Staatsfrage“. Auch das suchen Sie zu widerlegen. Wie erklären Sie sich das schiefe Marx-Bild?

Ich denke, dass Arendt und andere Leute zu ihrer Zeit, wenn sie über Marx schreiben, nicht wirklich über Marx schreiben. Sie schreiben über bestimmte Denkströmungen wie den Stalinismus, aber auch technokratische Vorstöße in der Nachkriegszeit und lesen diese in Marx hinein. Ein →

„Es ist eine radikale Forderung, dass die gesamte Bevölkerung an Politik teilhaben soll. Wir können Marx als radikalen Demokraten bezeichnen“

anderer Faktor ist, dass der Sozialismus oft auf eine monolithische Tradition reduziert wird – und das, obwohl es unter den Sozialisten des 19. Jahrhunderts sehr unterschiedliche Ansichten über Politik gibt. Es gibt eine große Vielfalt an Sozialismen in den 1840er-Jahren, als Marx die Bühne betritt. Wenn man das ignoriert, ist es sehr einfach, Marx als jemanden zu sehen, der schlicht die Standardauffassung dessen vertritt, was man von einem damaligen Sozialisten erwartete: kritisch, politisch desinteressiert, ökonomistisch, deterministisch.

Tatsächlich kritisiert Marx andere Sozialisten dafür, zu unpolitisch zu sein. Warum meinen führende Sozialisten seiner Zeit, dass es die Politik nicht brauche, um soziale Veränderungen zu erreichen?

Hier gibt es verschiedene Ansätze. Die Kommunitaristen etwa setzen darauf, kleine Gemeinschaften aufzubauen, die sich durch die Kraft ihres Beispiels auf der ganzen Welt verbreiten sollen. Robert Owen und Charles Fourier sind hier Schlüsselfiguren. Saint-Simon hingegen vertritt einen antipolitischen, technokratischen Ansatz. Er glaubt an eine starke staatliche Verwaltung, angeführt von der französischen Bildungselite. Und dann gibt es noch die völlig vergessenen deutschen Sozialisten zur Zeit von Marx, die sogenannten „wahren Sozialisten“, ein Begriff, den Marx für sie erfindet. Auch sie schwören der Politik ab, formulieren aber keinen klaren Weg zum Sozialismus, sondern setzen in vager Art auf Bildung und Bewusstseinsbildung. Auf die eine oder andere Weise lehnen all diese verschiedenen Gruppierungen die politische Partizipation und die Notwendigkeit politischer Reformen ab. Dies ist zum Teil eine Reaktion auf die Französische Revolution, die, um Marx' Worte zu verwenden, „wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden“ lastet. Man ist überzeugt,

dass etwas, was so schiefgelaufen, so diktatorisch und mit so viel Terror geendet ist, vollständig zu meiden ist.

Bekanntlich wird Marx von drei nationalen Traditionen beeinflusst: der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und dem französischen Sozialismus. Sie möchten zeigen, dass der Republikanismus eine vierte wichtige Prägung für Marx ist. Was kennzeichnet diese Tradition zu seiner Zeit?

Der Kern des Republikanismus im 19. Jahrhundert ist die Demokratie. Das unterscheidet den Republikanismus vom Liberalismus, vom Konservatismus und von den antipolitischen Sozialisten. Die Republikaner glauben an die Volkssouveränität: Alle politische Autorität geht vom Volk aus. Sie glauben an das allgemeine Wahlrecht, womit sie meistens das Männerwahlrecht meinen, aber einige auch das Wahlrecht für Männer und Frauen. Das ist wichtig, denn damals sind fast alle Bürger von der Politik ausgeschlossen. Im Jahr 1830 dürfen in Frankreich nur 0,5 Prozent der französischen Bevölkerung wählen. Es ist eine radikale Forderung, dass die gesamte erwachsene Bevölkerung an der Politik teilhaben sollte.

Marx war also ein radikaler Demokrat?

Wir können Marx sicherlich als radikalen Demokraten bezeichnen. Radikaler, Demokrat, Republikaner – diese Begriffe sind im 19. Jahrhundert im Grunde synonym. Ich spreche von Marx als Republikaner, weil man damit eine tatsächliche Tradition bezeichnet. Republikanismus steht nicht nur für eine Position, welche Art von Regierung wünschenswert wäre, sondern bezieht sich auf eine Bewegung, eine Gruppe von Menschen, die für bestimmte Ideen kämpfen.

und überlässt die Stadt einer Führung, die hauptsächlich aus Arbeitern besteht und die Stadt dann nach recht radikalen demokratischen Grundsätzen regiert – bis Paris dann gewaltsam wieder eingenommen wird. Stellen Sie sich vor, die Berliner Bundesregierung würde nach Potsdam abziehen, nachdem sie die Kontrolle über die Hauptstadt verloren hat. Es ist ein historisches Großereignis, das einen enormen Einfluss auf Marx hat. Er nimmt es zum Anlass, um über ein mögliches Modell für die Zukunft nachzudenken. Nach 1871 meint Marx: Wir brauchen nicht nur eine demokratische Republik. Wir brauchen eine *sehr* demokratische Republik, was er in der Folge als „soziale Republik“ bezeichnet.

Was wären die Merkmale solch einer sozialen Republik?

Marx hält es für sehr wichtig, dass die Volksvertreter einer strengen Kontrolle durch das Volk unterliegen. Das könnte bedeuten, dass Bürger ihren Vertretern verbindliche Anweisungen erteilen und dass sie die Möglichkeit haben, sie abzurufen, wenn sie gegen ihr Mandat verstoßen. Er schlägt auch vor, dass die Amtszeiten viel kürzer sein sollten, und äußert sich teils sehr positiv über das Ziel der britischen Reformbewegung der Chartisten, jährliche Wahlen abzuhalten. Und er spricht davon, wie wichtig es ist, allen Abgeordneten einen Arbeiterlohn zu zahlen, um die Distanz zwischen Abgeordneten und Volk zu verringern. Fast noch wichtiger ist, was er über Bürokratie und Verwaltung sagt: Marx legt dar, wie der Staat als hierarchische, professionelle Einrichtung durch die Selbstverwaltung des Volkes ersetzt werden könnte. Er spricht darüber, wie Bürokraten direkt vom Volk gewählt werden sollten und wie es eine klare Unterordnung dieser Bürokraten unter die Legislative geben könnte. Was die Gewalt des Staates betrifft,

so spricht er sich dafür aus, das stehende Heer durch eine Bürgerwehr zu ersetzen.

Das klingt recht positiv. Wie passt das zu seinem berühmt-berühmten Begriff der „Diktatur des Proletariats“, den die meisten Menschen mit dem Sozialismus verbinden?

Marx verwendet eine ganze Reihe von Begriffen, um zu erörtern, wie die politische Zukunft aussehen würde. Die „Diktatur des Proletariats“ ist einer davon, aber auch die „soziale Republik“, „Republik der Arbeit“ und „Kommunalverfassung“. Man sollte auch bedenken, dass sich die Bedeutung von „Diktatur“ stark verändert hat. In der Römischen Republik bezeichnet sie ein System oder eine Person, die die gesetzliche Befugnis erhält, in Zeiten einer Staatskrise eine Notstandsregierung einzusetzen. Es handelt sich also um eine vorübergehende und legal verankerte Maßnahme. Diese auch noch zu Marx' Zeiten starke Konnotation ist heute der Assoziation mit autoritären und verfassungswidrigen Regimen gewichen. „Soziale Republik“ wäre meines Erachtens eine viel treffendere Bezeichnung.

Der junge Marx äußert sich auch sehr positiv über die athenische Demokratie – als System, in dem es keine große Kluft zwischen öffentlichem und privatem Bereich gibt – und stellt sie Hegels Ideal eines abstrakten Staates gegenüber. Zeigt sich seine Faszination auch in seinem späteren Leben, wenn er über die soziale Republik schreibt?

Eine Ähnlichkeit besteht zweifellos. Marx geht es darum, die Staatsmacht wieder in die Gesellschaft zu integrieren; er will die Trennung zwischen Staat und Bürgern aufheben, die er mit der Moderne in Verbindung bringt und die es im antiken

Griechenland nicht gab. Gleichzeitig nimmt der späte Marx aber nicht ausdrücklich Bezug auf diese hellenistischen Vorläufer.

Finden Sie, dass Marx ein realistisches Bild vom Menschen als politischem Wesen hat? Also als Wesen, das zum Beispiel im positiven Sinne das Bedürfnis hat, seine Welt mit anderen zu gestalten, oder in einem negativen, andere zu beherrschen?

Wie Marx denke ich, dass menschliche Neigungen nicht festgelegt, sondern formbar sind, und dass es möglich ist, in einer Gesellschaft ohne Klassen zu leben. Dennoch glaube ich nicht, dass wir darauf vertrauen sollten, dass wir den Drang zur Wiederherstellung von Klassen dauerhaft beseitigen werden. Da wäre ich pessimistischer oder machiavellistischer als Marx. Daher sollten wir auch nicht auf eine egalitäre Gesellschaft ohne politische Institutionen setzen. Es braucht solide republikanische Institutionen, um Gleichheit und Freiheit zu sichern./